

America Alert
Informationsservice des Washingtoner Büros der FES

Ausgabe 6/2003 – 10. März 2003

Die Bush-Administration im selbst gesetzten Entscheidungszwang Mit dem wachsenden Widerstand gegen die Irak- Politik der Bush-Administration nimmt auch der Zwang zum militärischen Handeln zu

Die Fronten verhärten sich, im UN-Sicherheitsrat wie auch in der amerikanischen Innenpolitik, denn der Entschluss des amerikanischen Präsidenten, **Saddam Hussein** zu entwaffnen und einen Regimewechsel im Irak herbeizuführen ist im Grundsatz nicht mehr zu verändern. Anders als in Europa war die amerikanische Irak-Politik immer von dem Doppelziel der Entwaffnung und der Beseitigung des Bath-Regimes in Bagdad bestimmt. Daraus erklären sich auch die zahlreichen und zum Teil unterschiedlichen Begründungen für diesen Krieg.

Das amerikanische Eingehen auf ein Ultimatum für **Saddam** bis zum 17. März geschieht vor allem aus Rücksichtnahme auf die britisch-spanische Partnerschaft und sicher auch auf die noch nicht ganz aufgegebene Hoffnung, im UN-Sicherheitsrat vielleicht doch noch wenigstens eine Mehrheit von 9:6 zustande zu bringen, selbst wenn ein französisches – oder anderes – Veto einen vom Sicherheitsrat legitimierten militärischen Einsatz verhindern würde. Aber auch wenn die neun Stimmen nicht zustande kommen, wird der Präsident handeln, wie **Condoleezza Rice** am Wochenende berichtete.

In seiner Pressekonferenz am Vorabend der Berichte von **Hans Blix** und **Mohammed El Baradei** vor dem Sicherheitsrat – sie fand nicht zufällig vor diesem Ereignis statt – war de facto ein für die USA negativer Ausgang des im Sicherheitsrat konzentrierten diplomatischen Prozesses antizipiert. Die tatsächlichen Ausführungen der Leiter des Inspektorenteams am 7. März haben das Weiße Haus wohl eher in der Auffassung bestärkt, dass der Sicherheitsrat objektiv das Geschäft von Saddam Hussein betreibt und nicht amerikanische Interessen respektiert. So jedenfalls reagierten Falken wie **Richard Perle** auf die Ereignisse im Sicherheitsrat am 7. März. Vor allem die Entlarvung amerikanisch-britischer Behauptungen über die Nuklearfähigkeit des Irak als Fälschung durch IAEA-Direktor **El Baradei** haben die Legitimität der amerikanischen Argumentation beschädigt. **George W. Bush** bleibt deswegen jedoch nicht weniger von seiner Mission überzeugt. "Der Preis jetzt nichts zu tun ist bei weitem höher als die möglichen Kosten des Handelns jetzt", erklärte er in seiner Pressekonferenz. Der Artikel von Dana Milbank in der Washington Post vom 9. März bestätigt die stark missionarisch geprägte Sicherheit und Bestimmtheit in der Denkweise von **George W. Bush**. Dieser Krieg bestimmt das Schicksal seiner Präsidentschaft und für ihn gibt es an der Richtigkeit seines Handelns keinen Zweifel.

Am 17. März wird deshalb im UN-Sicherheitsrat gewählt, "wer für uns und wer gegen uns" ist und wenn Saddam bis dahin nicht selber den Regimewechsel vollzogen hat wird es unausweichlich zum militärischen Eingriff kommen, selbst wenn die inneramerikanische Opposition zunimmt – und sie nimmt zu und wird lauter, auch als Thema der heraufziehenden Präsidentschaftswahlen 2004.

Die Opposition hat jetzt in **Howard Dean** ein überzeugendes Sprachrohr gefunden und mit ihm streiten viele führende Demokraten: **Ted Kennedy**, **Nancy Pelosi**, **John Kerry** und viele andere. Die Kirchen, vor allem die katholische Kirche wird in ihrem Widerstand aktiver. Auch der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO hat jetzt offen gegen den Irak-Krieg Stellung genommen. Der Präsident mag noch immer die Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter sich glauben, aber Tatsache ist auch, dass dieser Krieg das Land auch immer tiefer spaltet je näher der Krieg rückt. Die elektronischen Medien haben diesen Krieg schon lange antizipiert und verinnerlicht, ohne dabei viel nach den Kosten zu fragen. Die unmittelbaren Kosten amerikanischer Kriegsführung werden selbst nach Einschätzung des Weißen Hauses auch unter günstigen Bedingungen kaum unter 100 Milliarden Dollar zu halten sein. Schon jetzt sind durch die Unterhaltung von Streitkräften in Höhe von fast 250 000 Mann rund 25 Milliarden Dollar an Kosten entstanden. Amerika geht mit großer Geschwindigkeit auf Haushaltsdefizite zu, die an Ronald Reagan erinnern: auf 400 Milliarden Dollar für das Haushaltsjahr 2003/4.

Politische Kosten, Menschenleben, regionale Stabilität, die mögliche Förderung von Terrorismus, das alles bleibt dramatisch unterbelichtet in der öffentlichen Auseinandersetzung. Die Debatte im Senat und im Repräsentantenhaus findet einfach nicht statt. Der Kongress steht abseits und nimmt seine vornehmste Aufgabe, über Krieg und Frieden zu streiten, eigentlich nicht wahr. Man hat sich innerlich wohl schon mit

der Tatsache des Kriegs abgefunden. Mit anderen Worten: Man wartet nur noch darauf, dass er stattfindet, nämlich am 18. März, wenn nicht doch noch ein Wunder geschieht.

Dokumente:

Pressekonferenz von Präsident Bush, 6. März 2003

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030306-8.html>

Dana Milbank, "For Bush, War Defines Presidency, Response to Iraq Reflects Convictions," The Washington Post. 9. März 2003

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A61350-2003Mar8.html>

Patrick Tyler, "A Deepening Fissure", March 6, 2003

<http://www.nytimes.com/2003/03/06/international/europe/06ASSE.html>

Medley Global Advisors, "Geopolitics Special Report: Iraq: 300 Miles To Baghdad", 6. März 2003
siehe Word-Attachment.

Medley Global Advisors, "Geopolitics Special Report: Iraq: Speedbumps Won't Stop Tanks; North Korea Update", 3. März 2003
siehe Word-Attachment